

---

FDP Bad Vilbel

## **BEKENNTNIS GEGEN RASSISMUS**

02.07.2020

---

### **FDP: Unterstützung der Schulen sinnvoll**

Die Stadtverordnetenversammlung Bad Vilbels hat in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen, in einem rollierenden System ein eigens gestaltetes Banner an den entsprechenden Plätzen in der Stadt anzubringen. Das Banner zeigt den Spruch „Respekt - Kein Platz für Rassismus in Anlehnung an eine schon lange existierende Kampagne im Sportbereich. Das Parlament Bad Vilbels reiht sich damit ein in die weltweit verbreiteten Bekenntnisse gegen Rassismus nach dem von US-Polizisten herbeigeführten Tod George Floyds in Minneapolis/ Minnesota.

Die FDP-Fraktion trägt diesen Beschluss des Stadtparlaments mit einem zwiespältigen Gefühl mit. Denn, so der Fraktionsvorsitzende Erich Schließmann: „Die Anti-Rassismus-Kampagne hat durchaus ambivalente, Züge, vor allem auch Zielrichtungen, die als Zensur daherkommen“. So werde die Freiheit der Meinungsäußerung je nach Opportunität eingeschränkt, Wissenschaftler an Universitäten attackiert, wenn deren Positionen gewissen Personen oder Gruppierungen nicht passen, oder die Freiheit der Kunst wird mit einer Bilderstürmerei in Frage gestellt. Mit Bezug auf Georg Büchner - dem Namensgeber des örtlichen Gymnasiums, erinnert die FDP daran, dass „niemand wehren (kann), alles, was existiert, bei seinem Namen zu nennen“. Die Auffassung, man müsse nur sprachliche Begriffe verändern und schon werde die Wirklichkeit paradiesisch, wie das bei bekannten verfemten Wörtern von „Negerkuss“ über „Zigeunerschnitzel“ bis zur „Rasse“ der Fall ist, ist irrig und gehört eher in den Sektor einer elitären Bevormundung oder erzieherischen Sprachsäuberung.

Für die FDP darf es nicht bei plakativen Bekenntnissen bleiben. Sie hält es für erforderlich, dass gerade jungen Menschen in der Schule Wissen und Einsichten in Sachen Geschichte und Wirkung des Rassismus vermittelt werden, was regelmäßig seit langem angesichts der Historie dieses Landes der Fall ist. Um solche schulischen Projekte auf diesem Gebiet nachhaltig zu fördern, hält es die FDP für angebracht, seitens

der Stadt einen ansehnlichen Betrag zur Unterstützung der örtlichen Schulen in Bad Vilbel zur Verfügung zu stellen. Erich Schließmann: „Die Stadt ist zwar nicht zuständig für schulische Aktivitäten, kann jedoch mit einer gewissen finanziellen Unterstützung der wertvollen Arbeit an den Schulen signalisieren, dass es in Bad Vilbel nicht nur das Bekenntnis gegen Rassismus gibt.“ Dies könnte beispielsweise in einer Kostenbeteiligung für Besuche und Fahrten zur Anne Frank-Bildungsstätte, dem Jüdischen Museum in Frankfurt, der Euthanasie-Gedenkstätte in Hadamar oder der Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar bestehen.